

Der schwarz-blaue Pensionschock

Pensionsreform. Die Pläne der Regierung werden die Österreicher im Schnitt 30 Prozent ihrer Pension kosten, das große Kürzen beginnt schon 2004. Die Opposition nennt es „kalte Enteignung“, die Koalition „notwendiges Sparen“

Es war am Montag um Punkt 12.13 Uhr, als das österreichische Pensionssystem zu Grabe getragen wurde. Stundenlang hatte ÖVP-Minister Martin Bartenstein auf FP-Chef Herbert Haupt eingeredet, bis der Freiheitliche endlich nachgab. Schon am Freitag zuvor hatten sich Kanzler Wolfgang Schüssel und Finanzminister Karl-Heinz Grassner den störrischen Blauen persönlich zur Brust genommen. „Du, Herbert“, drängte Schüssel, „es geht nicht um Einsparungen, sondern um die Sicherung der Pensionen.“

Doch was da in den kommenden Jahren auf die Österreicher zukommt, das ist mit dem Begriff „Pensionsicherungsreform“ (Kanzler Schüssel) nur höchst rudimentär beschrieben. Das bestätigen mittlerweile selbst die offiziellen Regierungspapiere zur Pensionsreform. Darin ist nachzulesen, was FORMAT schon Anfang März im Detail errechnet hat: Wird die geplante schwarz-blaue Pensionsreform 2003 eins zu eins umgesetzt, dann kommt es schon im nächsten Jahr zu massiven Pensionskürzungen.

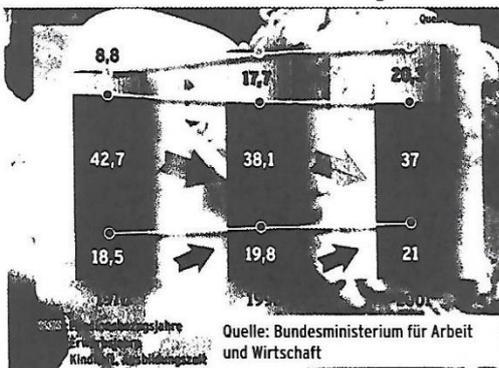
Konkret rechnet die Bundesregierung für neu eintretende Pensionisten im Jahr 2004 mit einem „kumulativen Pensionsverlust“ von 13,5 Prozent, der sich bis zum Jahr 2007 auf „rund 16,5“ addieren wird. Derzeit geht ein männlicher Angestellter mit 1.701 Euro in Pension – in vier Jahren werden es also schon um 272 Euro weniger sein. Doch damit nicht genug.

Denn allein aufgrund der Verlängerung des Durchrechnungszeitraums ist laut Regierungspapier „mit einer jährlich steigenden Pensionsminderung von einem Prozent zu rechnen, woraus im Endeffekt nach 25 Jahren eine durchschnittliche Pensionsminderung von 25 Prozent resultiert“. Bei einem durchschnittlichen männlichen Angestellten macht der Pensionsverlust allein dadurch schon rund 425 Euro aus.

ENTEIGNUNG. Eine „kalte Enteignung“, wie der an und für sich reformfreundliche Sozialforscher Bernd Marin kritisiert. Ein „Überfall“, wie sogar die konservative „Kleine Zeitung“ konstatiert.

Des Kanzlers Rentenreform, bestehend aus der Abschaffung der Frühpensionen, einem neuen Abschlagsystem und der Ausweitung des Bemessungszeitraums, bringt damit zukünftigen Pensionisten im Vergleich zur geltenden Rechtslage Einkommensverluste von zehn und in Härtefällen

Die Pensionszeiten der Österreicher steigen konstant



ue

Bundeskanzler
Schüssel:
„Es geht
nicht um
Einsparungen,
sondern um
die Sicherung
des Pensions-
systems.“

Regierungspapier: So rasch sinken die Pensionsansprüche

Im Jahr 2004 werden die durchschnittlichen Pensionsverluste bei durchschnittlich rund 13,5% liegen, im Jahr 2005 bei 15,5%, im Jahr 2006 bei 16,5% und im Jahr 2007 bei 18,5%. Im Jahr 2008 wird die durchschnittliche Pension um 16,5 Prozent sinken.

In den erläuternden Bemerkungen zum Gesetzesentwurf der Regierung ist ausgerechnet, wie hoch die Pensionsverluste sein werden. Schon 2007 sinkt die Pension um 16,5 Prozent.

COVER

GPA-Chef Hans Sallmutter: Will gegen das „neoliberale Duo Bartenstein/Grasser“ im Notfall auch streiken.



FOTOS: ALEX HALADA, FRANZ PFLUGL (4), RAPHAEL JUST

► bis zu gewaltigen fünfzig Prozent (siehe Kasten, nebenan)

Drastische Zahlen, denen Regierungspolitiker vom Kanzler abwärts die Unfinanzierbarkeit des derzeitigen Systems entgegenstellen. VP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein: „Diese Reform ist eine unbedingte Notwendigkeit. Sie leistet alle strukturellen Maßnahmen, die laut Experten zur Pensionsversicherung notwendig sind“ (siehe Interview Seite 56).

Die meisten Experten begrüßen im Prinzip die Richtung der Reform, kritisieren aber die drastischen Pensionseinbußen und kurzen Übergangsfristen.

FORMAT hat die Einbußen für jeden zukünftigen Pensionisten berechnet.

ABSCHLÄGE: MINUS 15 PROZENT. Männer können derzeit ab 61,5 Jahren und Frauen ab 56,5 Jahren in Frühpension gehen. Doch ab Juli 2004 wird das Pensionsantrittsalter schrittweise erhöht, bis es 2010 bei 65 Jahren liegt. Wer früher in die Rente geht, der muß mit Abschlägen von 4,2 Prozent rechnen (bisher drei Prozent). Der maximale Verlust ist mit minus fünfzehn Prozent begrenzt.

Ausnahmen von dieser Regelung hat

die FPÖ nur für die sogenannten Hackler durchgesetzt, also Menschen mit besonders langen Versicherungszeiten (Mann 45/Frau 40 Jahre). Sie dürfen bis 2005 weiterhin mit 60 respektive 55 in Pension gehen und ab dann bis 2010 im Alter von 61,5 Jahren und 56,5 Jahren.

STEIGERUNGSFAKTOR: MINUS ELF PROZENT.

Bis dato konnte jeder Österreicher seine Maximalpension von 80 Prozent der Bemessungsgrundlage nach vierzig Pensionsjahren erreichen. Durch einen neuen Berechnungsmodus, der schon am 1. Jänner 2001 in Kraft tritt, verlängert sich diese Zeitspanne auf 45 Jahre. Dadurch, kritisiert Wifo-Forscher Alois Guger, kommt es von einem Tag auf den anderen für neue Pensionisten zu einem Rentenverlust von elf Prozent.

DURCHRECHNUNG: MINUS 25 PROZENT.

Statt der besten fünfzehn sollen in Zukunft vierzig Beitragsjahre zur Berechnung der Pension herangezogen werden. Die Ausweitung der sogenannten Durchrechnung soll ab 2004 jährlich um zwölf Monate steigen. Das bedeutet pro Jahr aufgrund der schlechten Gewichtung älterer Versicherungsjahre einen Pensionsverlust von einem Prozent. ►



ÖGB: Die Gewerkschaft verteilt ab Donnerstag 500.000 Infoblätter gegen die „Belastungswelle“ der Regierung.



► Wer also erst im Jahr 2028 in Pension gehen kann, verliert allein aufgrund dieser Maßnahme ein Viertel seiner Pension.

Doch das derzeitige Pensionssparpaket des Kabinetts Schüssel II wird nicht das letzte in dieser Legislaturperiode sein. Noch für den Herbst kündigt Wirtschaftsminister Martin Bartenstein im FORMAT-Interview neben der erstmaligen Schaffung einer Mindestpension auch tiefe Einschnitte bei der Invaliditätspension an. Grund: Derzeit scheiden vierzig Prozent der Männer lange vor dem 65. Lebensjahr aufgrund von Arbeitsunfähigkeit aus dem Erwerbsleben. Eine Zahl, die laut Bartenstein „auf ein international vergleichbares Maß zurückgedrängt werden muß“.

Geht alles nach dem Regierungsplan, wird die Pensionsreform nach der vierwöchigen Begutachtungsphase im Ministerrat abgesegnet und dann am 1. Juli im Parlament beschlossen werden.

GELDBESCHAFFUNGSAKTION. Gewerkschaft und Opposition machen gegen die radikalen Maßnahmen des „neoliberalen Duos Bartenstein/Grasser“ (GPA-Chef Hans Sallmutter) bereits mobil. Die Gewerkschaft liebäugelt mit Streik, die SPÖ hingegen mit dem Verfassungsgerichtshof. Die Sozialdemokraten wollen so rasch wie möglich die Pensionsreform beim Höchstgericht bekämpfen: Vor allem die stufen-

weise Abschaffung der Frühpensionen ab Juli 2004 verstößt für SP-Chef Alfred Gusenbauer gegen den Vertrauensschutz.

Doch egal ob Sozialdemokraten, Grüne oder Gewerkschaft – alle werfen der Regierung vor, nur eine „Geldbeschaffungsaktion“ im Auge zu haben. Denn bis dato hat die Regierung ihre Pensionspläne auch mit einer drohenden Explosion des Bundeszuschusses zu den Pensionskassen begründet.

Doch laut den erläuternden Bemerkungen zur Pensionsreform würde der Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung (Beamte nicht eingerechnet) ohne Reform von derzeit 6,6 Milliarden nur auf rund sieben Milliarden Euro im Jahr 2006 steigen. Durch das Pensionssparpaket lukriert der Finanzminister bis 2006 kumulativ 1,1 Milliarden Euro (siehe Tabelle rechte Seite). SP-Budgetsprecher Christof Matznetter: „Das zeigt wohl am deutlichsten, daß die Steuerreform einfach durch Ausgabenkürzungen bei den ASVG-Pensionisten finanziert werden soll.“

STURER GRASSER. Tatsächlich liefen die stundenlangen Pensionsverhandlungen zwischen Schwarz und Blau immer nach demselben Muster ab. Wann immer FP-Chef Haupt Abfederungen oder längere Übergangsfristen in das Pensionssparpaket hineinreklamieren wollte, blickte Finanzminister Grasser kurz von seinem Laptop

auf und meinte dann unter dem Nicken von Bundeskanzler Schüssel lapidar: „Geht leider nicht.“

Vor allem FP-Staatssekretärin Ursula Haubners Vorstöße für eine bessere Absicherung für Frauen wurde so mehrmals in den budgetären Müllimer entsorgt. Mehr als sechs Monate zusätzliche Anrechnung für Kinderbetreuung wäre leider nicht drin, wurde der Sozialstaatssekretärin des öfteren beschieden.

TOPVERLIERER. Doch damit sind Österreichs Frauen zweifellos die Topverlierer der Reform. Sie werden aufgrund der für Frauen typischen Erwerbsbiographie (lange Ausfallszeiten durch Kindererziehung und Teilzeitbeschäftigung) wegen der längeren Durchrechnung theoretisch bis zu fünfzig Prozent ihrer Pension verlieren. Immerhin: Unter den sogenannten Ausgleichsrichtsatz von rund 600 Euro wird man auch in Zukunft nicht sinken können.

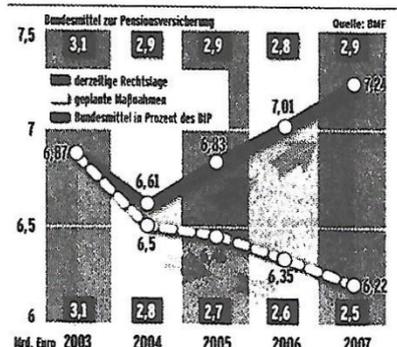
Die FPÖ will die Pensionspläne aber in der Begutachtungsphase noch einmal aufschütten. Schon bei der Präsentation des Pakets am vergangenen Montag hatte FP-Chef Haupt klar erkennen lassen, daß für ihn das letzte Wort noch nicht gesprochen ist: „Wir werden alle Einwände sehr ernst nehmen.“

– SIMON KRAVAGNA, MARTIN KWAUKA



Grünen-Sozialsprecher Karl Öllinger, SP-Budgetsprecher Christof Matznetter: „Pensionsreform ist Geldbeschaffungsaktion für Regierung.“

Pensionszuschuß mit und ohne Reform



Durch die Pensionsreform beträgt der Bundeszuschuß der Regierung zur Pensionskasse (ohne Beamte) im Jahr 2006 statt sieben Milliarden Euro nur 6,2 Milliarden.

ÖVP

„Nicht der letzte Schritt“

Renten. Wirtschaftsminister Martin Bartenstein verteidigt die harte Pensionsreform, kündigt Einschnitte bei der Invalidenpension an und rät zur privaten Vorsorge.

FORMAT: Herr Minister, wie gehen Sie damit um, daß die Pensionsreform Tausende Österreicher bis zu fünfzig Prozent der Pension kosten wird?

Bartenstein: Diese Reform ist eine unbedingte Notwendigkeit. Sie leistet alle strukturellen Maßnahmen, die laut Experten zur Pensionssicherung notwendig sind. Zudem erhöht beispielsweise die verlängerte Durchrechnung auch die Fairneß im System.

FORMAT: Mit Verlaub, in meinem Fall kostet mich allein die längere Durchrechnung 25 Prozent meiner Pension. Ist das fair?

Bartenstein: Ich weiß nicht, wie Sie auf die Zahl kommen.

FORMAT: Das ist im Bericht der Pensionsreformkommission nachlesbar. Der Pensionsexperte Bernd Marin spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer „kalten Enteignung“.

Bartenstein: Gerade Professor Marin nennt unsere Reform mutig und richtig. Das derzeitige System ist einfach längerfristig nicht mehr finanzierbar. In den letzten dreißig Jahren haben sich die Pensionszeiten der Österreicher verdoppelt. Gleichzeitig ist die Zahl der Beitragsjahre gesunken. Das muß sich ändern. Was sollen wir sonst tun, um künftige Pensionen zu sichern? Die derzeitigen Pensionen kürzen? Oder die mit 20,8 Prozent vom Aktivbezug ohnehin zu hohen Beiträge an die Pensionskasse noch weiter hinaufschrauben?

FORMAT: Warum sagen Sie den Österreichern dann nicht ehrlich, daß sie sich ohne private Vorsorge in Zukunft als Sozialfall wiederfinden werden? Durch Ihre Reform werden die Pensionen in vielen Fällen extrem niedrig werden.

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, ÖVP: „Rate allen, ein wenig in die private Vorsorge zu investieren.“



Bartenstein: Ich weiß schon, daß sich nicht jeder Österreicher eine private Pensionsvorsorge leisten kann. Aber fast alle können die betriebliche Zusatzpension in Anspruch nehmen. Und natürlich rate ich allen, ein wenig in die private Zukunftsvorsorge zu investieren. Das ist im breiten Mittelstand in Österreich wohl möglich.

FORMAT: Gibt es in zwei Jahren dann die nächste Pensionsreform?

Bartenstein:

Diese Reform ist so groß, daß sie weitere tiefe Schnitte in den nächsten Jahren nicht mehr notwendig macht.

Aber es wird sicher nicht der letzte Schritt forever sein. Das ist eine Frage der demographischen Entwicklung und auch der Entwicklung am Arbeitsmarkt.

FORMAT: Sie garantieren aber dafür, daß für diese Legislaturperiode genug reformiert wurde?

Bartenstein: Ja. Man kann das Pensionssystem nicht in Permanenz reformieren.

FORMAT: Gilt das auch für die Invaliditätspension?

Bartenstein: Das ist ein spezielles Austriacum. Nirgends gehen so viele Leute in Invaliditätspension wie in Österreich. Wir werden im Herbst Maßnahmen zur Schaffung eines einheitlichen Pensionssystems und einer Mindestpension vorstellen. Dabei werden wir auch die Invaliditätspension angehen. Es ist klar, daß die horrende Zahl der neu eintretenden Invaliditätspensionisten auf ein vernünftiges und international vergleichbares Maß zurückgedrängt werden muß.

FORMAT: Was ist eigentlich mit dem Pensionsalter für Politiker?

Bartenstein: Das ist uns ein besonderes Anliegen, weil wir dieselben Maßstäbe, die für alle gelten, auch an uns anlegen wollen. Technisch soll eine Erhöhung des Antrittsalters durch einen Initiativantrag im Parlament gelöst werden.

FORMAT: Dürfen dann Leute wie Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nicht mehr wie bisher mit 56,5 Jahren, sondern auch erst mit 65 in Pension gehen?

Bartenstein: Ich will das nicht an Einzelfällen festmachen.

FORMAT: Aber wird auch das Pensionsalter für Politiker im alten System erhöht werden?

Bartenstein: Mehr kann ich dazu noch nicht sagen. Das wird noch zu besprechen sein. Aber ich werde dafür sorgen, daß jemand wie ich genauso davon betroffen ist wie jeder andere Österreicher.

FORMAT: Von den Politikern zu den Härtefällen. Die Frauen werden die absoluten Verlierer Ihrer Reform sein.

Bartenstein: Auch das stimmt nicht. Die Erwerbsbiographien der Frauen

werden immer besser. Zudem können in Zukunft vermehrt Kindererziehungszeiten angerechnet werden. Frauen werden nicht die Verlierer der Reform sein.

FORMAT: Wo trägt diese Reform eigentlich die Handschrift Ihres Koalitionspartners?

Bartenstein: Die ganze Pensionsreform ist primär auch das Werk des Vizekanzlers. Zudem haben sich die Freiheitlichen bekanntlich massiv stark gemacht für die sogenannte Hacklerregelung.

FORMAT: Wenn ich Minister Bartenstein wäre, dann würde ich sagen: Es ist super gelaufen. Sie haben doch alles erreicht, oder?

Bartenstein: Ja, es ist gut gelaufen. Die Regierung hat eine Pensionsversicherungsreform auf den Tisch gelegt, das war der wesentliche Grund, warum wir mit der FPÖ eine Koalition eingegangen sind. Es hat zwar auch mit der SPÖ einen Grundkonsens zur Pensionsreform gegeben, aber mit der FPÖ gibt es doch die größeren Übereinstimmungen.

INTERVIEW:
S. KRAVAGNA

A
ANTWORT